

R3c: Das humanitäre Desaster muss enden - Freiheit und Gerechtigkeit für alle Menschen in Israel/Palästina

Resolution zuhanden der Jahresversammlung der JUSO Schweiz vom 17. und 18. Februar 2024 in Bern-Bümpliz

*Unterstützer*innen: David Portmann JUSO Basel-Stadt, Roberto Barbotti JUSO Basel-Stadt, Ella Haefeli JUSO Basel-Stadt, Joris Fricker JUSO Basel-Stadt, Rachele Betschart JUSO Basel-Stadt, Maria Schäfer JUSO Basel-Stadt, Angus Duffy JUSO Basel-Stadt, Enea Rosenthal JUSO Basel-Stadt, Nino Russano JUSO Basel-Stadt, Alena Roth JUSO Schaffhausen, Mitja Roos JUSO Basel-Stadt.*

Diese Resolution befasst sich mit der aktuellen Situation in Israel/Palästina. Für unsere Position zur Situation vor dem 7. Oktober 2023 wird auf unsere 2022 verabschiedete Resolution verwiesen.

Wir verurteilen alle diskriminierenden Handlungen und Aussagen, ob antisemitisch oder antimuslimisch rassistisch und den Anstieg solcher Handlungen seit den Angriffen der Hamas vom 7. Oktober 2023 und den Angriffen des israelischen Militärs auf palästinensische Gebiete. Unsere Kritik in dieser Resolution richtet sich an die israelische Regierung, die Hamas und deren jeweiligen Verbündeten. Diese Resolution ist nicht gegen die israelische und palästinensische Bevölkerung, jüdische, muslimische, arabische Menschen oder gegen die jüdische und muslimische Religion und Kultur gerichtet.

Wir anerkennen, dass der Vorwurf des Antisemitismus auch missbraucht werden kann, um damit unliebsame Meinungen zu diskreditieren.

Einordnung der Aktualitäten

Am 7. Oktober 2023 führte die Hamas einen Angriff auf Israel durch, tötete über Tausend Zivilist*innen und nahm über 200 Menschen in Geiselnhaft.¹ Die Hamas nutzt Geiseln gezielt als Druckmittel. Die von der Hamas durchgeführten Terrorangriffe zielten auf die Tötung von Zivilpersonen und die systematische Vergewaltigung von Frauen ab.² Solche Kriegsverbrechen können niemals als legitime Form des Widerstands angesehen werden. Wir verurteilen daher die Angriffe vom 7. Oktober 2023 in aller Schärfe. Die Angriffe haben die israelische Bevölkerung und auch die in der Schweiz lebenden Jüdinnen:Juden zutiefst erschüttert. Darüber hinaus ist die Hamas eine islamistische Gruppierung, die antisemitische, ultrakonservative, fundamentalistische und antidemokratische Werte vertritt. Sie wird auch von der Bevölkerung des Gazastreifens kritisiert³, da sie diese nicht repräsentiert und nicht zu ihren Gunsten handelt.

¹ <https://www.reuters.com/world/middle-east/israel-revises-death-toll-oct-7-hamas-attack-around-1200-202311-10/>

² <https://www.phr.org.il/en/gender-based-violence-eng/?pr=9826>

³ <https://apnews.com/article/gaza-hamas-demonstration-israel-blockade-palestinians306b19228f9dd21f1036386ce3709672>

Israelische Dörfer in der Nähe der Grenze zu Gaza wurden aufgrund der Hamas evakuiert, was zu zahlreichen Binnenflüchtenden in Israel führte. Die Hamas schießt bis zum heutigen Tag noch immer mit Raketen auf Israel und dessen Zivilbevölkerung.

Nach diesen Angriffen führte die israelische Regierung umfassende Angriffe auf die palästinensischen Gebiete und insbesondere den Gazastreifen durch, vorrangig durch Bombenangriffe, eine Bodenoffensive sowie eine Verschärfung der Einfuhrkontrollen. Mit diesen Angriffen hat das israelische Militär grosse Teile des Gazastreifens bombardiert und zerstört.⁴⁵ Es muss klargelegt werden, dass das Ausmass der israelischen Angriffe nicht als vom Völkerrecht anerkannte Selbstverteidigung angesehen werden kann, da Selbstverteidigung verhältnismässig sein muss und nicht präventiv sein darf.⁶

Die Gegenangriffe der israelischen Streitkräfte gegen den Gazastreifen haben die Palästinenser*innen in eine katastrophale Lage gebracht. Die israelischen Streitkräfte begründen die Gegenangriffe damit, dass sie die Hamas und ihre Infrastruktur zerschlagen möchten⁷. Über 26'000 Menschen im Gazastreifen, mehrheitlich Zivilist*innen, wurden getötet.⁸ 85% der Bevölkerung von Gaza wurde in die Binnenflucht getrieben.⁹ Ein Grossteil der lebenswichtigen medizinischen Infrastruktur wurde beschädigt oder zerstört.¹⁰ Die israelische und ägyptische Kontrolle der Grenzen des Gazastreifens erschwert die Lieferung von lebensnotwendigen Gütern wie Lebensmittel, Wasser, Treibstoff und medizinischer Ausrüstung (Stand Mitte Januar 2024).¹¹ Auch ist der Zugang für humanitäre Hilfe und Hilfskräfte eingeschränkt. Die Stromversorgung des Gazastreifens aus Israel wurde im Anschluss an den 7. Oktober unterbrochen.¹² Der Mangel an Strom beeinträchtigt unter anderem die Abwasseraufbereitung, die Verwendung medizinischer Geräte¹³ und digitale Kommunikation.¹⁴ Darüber hinaus wurden bei den Bombardements alle Universitäten¹⁵ in Gaza, religiöse und kulturelle Zentren, sowie unzählige historische Bauten zerstört.¹⁶ Auch der Zugang für Journalist*innen ist stark eingeschränkt und über Hundert Medienschaffende wurden bereits bei Angriffen des israelischen Militärs getötet.¹⁷ Im Westjordanland hat die Gewalt gegen die palästinensische Bevölkerung ebenfalls zugenommen, beispielsweise in Form von

⁴ <https://apnews.com/article/israel-gaza-bombs-destruction-death-toll-scope-c511f83c85baea22458472a796>

⁶ <https://www.jurist.org/commentary/2023/12/7-10-the-question-of-israels-right-to-self-defense-underinternational-law/>

⁷ <https://www.washingtonpost.com/world/2023/10/17/israel-hamas-war-reason-explained-gaza/>

⁸ <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2024/01/israel-must-comply-with-key-icj-ruling-ordering-it-do-all-inits-power-to-prevent-genocide-against-palestinians-in-gaza/>

⁹ <https://news.un.org/fr/story/2024/01/1142182>

¹⁰ <https://news.un.org/fr/story/2024/01/1142182>

¹¹ <https://news.un.org/fr/story/2024/01/1142182>, <https://news.un.org/en/story/2023/12/1144972>

¹² <https://www.hrw.org/news/2023/10/18/israel-unlawful-gaza-blockade-deadly-children>

¹³ <https://www.icrc.org/en/document/Gaza-power-fuel-crisis>

¹⁴ <https://www.hrw.org/news/2023/11/15/gaza-communications-blackout-imminent-due-fuel-shortage>

¹⁵ <https://euromedmonitor.org/en/article/6108/Israel-kills-dozens-of-academics,-destroys-every-university-in-the-Gaza-Strip>

¹⁶ <https://www.heritageforpeace.org/wp-content/uploads/2023/11/Report-of-the-effects-of-the-last-war-of-2023on-the-cultural-heritage-in-Gaza-Strip-Palestine-english.pdf?fbclid=IwAR1adISTNx0oAWoqXuYDF0ICoxruPnP5dBylyFG7C0JmfATOiy0ciEK3Gyk>

¹⁷ <https://cpj.org/2024/01/journalist-casualties-in-the-israel-gaza-conflict/>

Verhaftungen und Razzien¹⁸. Die Erschwerung der Versorgung von Wasser, Nahrungsmitteln und Medikamenten für die Bevölkerung ist gemäss internationalen Konventionen verboten.

Nach humanitärem Völkerrecht ist es verboten, die gesamte palästinensische Bevölkerung für das zu bestrafen, was die Hamas begangen hat, unabhängig von der Schwere der begangenen Taten. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen hat die von der israelischen Regierung durchgeführten Bombardements als eben solche Kollektivstrafen bezeichnet.¹⁸ Massenverhaftungen, wie sie von israelischen Behörden durchgeführt werden und die menschenunwürdige Behandlung von Inhaftierten verstossen gegen das Völkerrecht.¹⁹

Vorwurf des Genozids

Wir verstehen die Situation nicht als "Konflikt" zwischen Israel und den palästinensischen Gebieten und versuchen nicht, Lösungen für einen «Konflikt» zwischen zwei gleichberechtigten Parteien zu finden. Stattdessen müssen wir die unterdrückerische israelische Politik und das Machtungleichgewicht zwischen Israel und Palästina anerkennen, das seit Jahrzehnten existiert.

Seit der Intensivierung der israelischen Angriffe im Oktober wurden Genozidvorwürfe erhoben, unter anderem von Forscher*innen im Völkerrecht²⁰ und von UN-Expert*innen²¹. Im Völkerrecht beschreibt Genozid die Verbrechen, die gegen eine Gruppe mit der Absicht begangen werden, sie zu vernichten.²² Diese Absicht ist aber schwer zu beweisen. Südafrika hat beim Internationalen Gerichtshof gegen Israel eine Klage wegen Genozids eingereicht.²³ Auch wenn es Jahre dauern kann, bis ein endgültiges Urteil gefällt wird, hat das Gericht beim Beschluss auf die Klage einzutreten, bereits Sofortmassnahmen beschlossen. So ist der israelische Staat verpflichtet, dafür zu sorgen, dass seine Truppen im Gazastreifen keinen Völkermord begehen und, dass sich die humanitäre Lage verbessert. Ausserdem hat das Gericht die Hamas aufgefordert, sofort alle Geiseln ohne Konditionen freizulassen²⁴. Der weitere Verlauf der Gerichtsverhandlungen wird juristisch mehr Klarheit bringen, doch bereits jetzt anerkennt das Gericht, dass ein Genozid nicht ausgeschlossen werden kann. Das oberste Ziel muss sein, einen Genozid zu verhindern. Dies letztlich auf beiden Seiten, da auch Hamas genozidale Absichten unterstellt werden können.

Schliesslich muss auch darauf hingewiesen werden, dass die Beziehung zwischen Israel und Palästina nicht in einem Vakuum existiert, sondern dass viele andere Staaten die Situation durch ihre Unterstützung für eine der Parteien beeinflussen. Ohne eine vollständige Liste dieser Staaten erstellen zu wollen, möchten wir insbesondere die Bedeutung der Vereinigten Staaten hervorheben, die Israel unterstützen, insbesondere in Form von Milliarden an Militärhilfe jedes

¹⁸ <https://www.spiegel.de/ausland/israelische-razzia-im-westjordanland-zwei-mutmassliche-terroristen-getoetet-a-16144db8-7b26-4eac-a159-6f80900c3f00#>

¹⁹ <https://reliefweb.int/report/occupied-palestinian-territory/un-human-rights-office-opt-disturbing-reports-northgaza-mass-detentions-ill-treatment-and-enforced-disappearances-possibly-thousands-palestinians>

²⁰ <https://twailr.com/public-statement-scholars-warn-of-potential-genocide-in-gaza/>

²¹ <https://www.ohchr.org/en/press-releases/2023/11/gaza-un-experts-call-international-community-prevent-genocide-against>

²² <https://www.fedlex.admin.ch/eli/cc/2002/358/de>

²³ <https://www.icj-cij.org/case/192>

²⁴ <https://www.icj-cij.org/sites/default/files/case-related/192/192-20240126-ord-01-00-en.pdf>

Jahr²⁵ und durch die Nutzung ihres Vetorechts im UN-Sicherheitsrat²⁶. Auf der anderen Seite unterstützt u.a. die iranische Regierung die Hamas finanziell und militärisch²⁷, da sie deren fundamentalistischen Werte teilt und ebenfalls versucht den Staat Israel auszulöschen. Für eine Beruhigung der Situation müssen die Staaten dazu gezwungen werden, das Wohl der Menschen in der Region über ihre Machtansprüche zu stellen.

Freiheit und Gerechtigkeit für alle Menschen in Israel/Palästina

Angesichts der jahrzehntelangen Unterdrückung der palästinensischen Bevölkerung und der katastrophalen Situation, mit der sich der Gazastreifen und das Westjordanland seit Oktober 2023 konfrontiert sehen, muss eine Lösung gefunden werden, um das humanitäre Desaster im Gaza-Streifen sofort zu stoppen, damit alle Menschen in Sicherheit, Frieden und Freiheit leben können.

Um den Kriegsverbrechen gegen die palästinensische Bevölkerung sofort ein Ende zu setzen, fordern wir:

- Einen sofortigen, beidseitigen und dauerhaften Waffenstillstand.
- Die Erhöhung und die vereinfachte Zustellung der internationalen humanitären Hilfe, die nach Gaza geschickt wird.
- Die Freilassung der Geiseln der Hamas
- Die Freilassung ungerechtfertigten, palästinensischen, politischen Gefangenen in Israel²⁸.
- Einen freien und unabhängigen palästinensischen Staat
- Ein Ende der Offensivwaffenlieferungen durch die USA und allen weiteren Staaten.
- Einen Stopp der Finanzierung der Hamas und der Waffenlieferungen durch den Iran und seine Verbündeten.

Wir solidarisieren uns mit allen Gruppen, die in der Nahost-Region gegen die unterdrückerischen und menschenfeindlichen Regimes ankämpfen und sich für Freiheit und Gerechtigkeit für die ganze Zivilbevölkerung einsetzen, losgelöst von der Nationalität, Religion oder race der Menschen.

Gegen die ultrarechte Regierung Netanjahus gibt es auch in Israel seit mehr als einem Jahr grosse und regelmässige Proteste, auch er repräsentiert nicht die ganze Bevölkerung.²⁹

²⁵ <https://edition.cnn.com/2023/10/11/politics/presidents-israel-cnn/index.html>

²⁶ <https://www.npr.org/2023/12/08/1218332312/israel-hamas-war-us-ceasefire-veto-un>

²⁷ <https://www.dw.com/en/israel-hamas-war-what-is-irans-role/a-67043337>

²⁸ In israelischen Gefängnissen sitzen Tausende Palästinenser*innen ohne Anklage oder rechtsstaatliche Möglichkeit, sich zu wehren. Damit sind nicht Hamas-Kämpfer gemeint.

<https://www.ndr.de/nachrichten/info/epg/Keine-Anklage-kein-Prozess-Administrativhaft-inIsrael,sendung1367690.html>

²⁹ <https://www.reuters.com/world/middle-east/five-months-with-no-deal-sight-israels-judicial-protests-endure2023-05-27/>

Auch die Schweiz muss ihre Verantwortung gegenüber Israel/Palästina wahrnehmen. Wir fordern daher:

- Den sofortigen Stopp von Waffenexporten und die Beendigung aller militärischen Beziehungen im Nahen Osten.
- Aktive Arbeit der Schweizer Delegation im Sicherheitsrat, damit die UNO ihre Verantwortung zum Schutz der Menschenrechte und des Völkerrechts wahrnimmt

Die Unterbrechung des Krieges durch einen Waffenstillstand allein wird nicht ausreichen, um Gerechtigkeit und Frieden in der Region zu schaffen. Wir sprechen uns daher für einen Prozess der Transitional Justice aus, der so schnell wie möglich in Gang gesetzt werden soll. Transitional Justice bezeichnet die Gesamtheit der gerichtlichen und nicht-gerichtlichen Instrumente, die von einer durch Konflikt oder Gewalt gezeichneten Gesellschaft eingesetzt werden können, um den Opfern Anerkennung zu verschaffen, die Achtung der Menschenrechte zu stärken, Differenzen zu überbrücken und zukünftige Gewalt zu verhindern.³⁰ Diese Strategie wird dazu beitragen, eine Lösung zu finden, damit alle Menschen in der Region, losgelöst von Nationalität, Religion und Ethnie zusammen in Freiheit, Frieden und Sicherheit leben können.

Wir fordern daher auch:

- Den baldmöglichsten Start von Transitional-Justice-Verfahren mit internationaler Unterstützung.

In solch dunklen Zeiten kämpfen wir für die Menschlichkeit. Wir hoffen und glauben, dass Frieden und Gerechtigkeit schlussendlich siegen werden. Dafür werden wir uns als JUSO Schweiz mit allen Mitteln einsetzen.

Stellungnahme der Geschäftsleitung: ablehnen zu Gunsten R3a

Die Geschäftsleitung empfiehlt R3c zugunsten von R3 abzulehnen. R3c hat viele Ähnlichkeiten zur Resolution der Geschäftsleitung, dennoch fehlen einige wichtige Punkte.

Zum einen ist die Einordnung der Situation seit dem 7. Oktober weniger vollständig und lässt wichtige Ereignisse und Fakten aus, insbesondere die Pflicht des Staates Israel als Besatzungsmacht, den Zugang zu lebenswichtigen Gütern zu gewährleisten.

Auch die Beschreibung des Ungleichgewichts zwischen Israel und Palästina und der Fakt, dass man die Ereignisse der letzten Jahrzehnte nicht als symmetrischen Konflikt bezeichnen kann, wird nur kurz und nicht genügend eingeordnet. Es ist wichtig die richtigen Begriffe zu verwenden und die Unterdrückung die die palästinensische Bevölkerung erlebt beim Namen zu nennen, um diese effektiv zu bekämpfen und um dem Leid dem die Palästinenser*innen ausgesetzt sind, gerecht zu werden. Deswegen stellen wir uns hinter den Vorwurf des Genozids. Wie in der Resolution beschrieben ist die Absicht, eine Gruppe zu vernichten, schwer

³⁰ <https://www.ohchr.org/en/transitional-justice>

zu beweisen. Aber Äusserungen von israelischen Behördenmitgliedern können auf eine solche Absicht hindeuten. Darüber hinaus muss bei der Beurteilung dieser Frage auch das Vorgehen der israelischen Regierung berücksichtigt werden, die trotz Kenntnis der katastrophalen humanitären Lage und der Lebensgefahr für Hunderttausende von Menschen weiterhin das Gebiet bombardiert, Bodenoffensiven startet und damit die Zivilbevölkerung im Gazastreifen massiv gefährdet. Auch wenn eine genozidale Absicht nicht genügend deutlich geäußert wurde, um vor der ICJ einen Genozid zu beweisen, stellen wir uns hinter die Klage an die ICJ, da dieser Vorwurf dringend untersucht und der Druck auf die israelische Regierung erhöht werden muss. Deswegen ist es auch wichtig, dauerhaften Waffenstillstand zu fordern und nicht nur die Unterbrechung des Krieges, wie dies R3c nennt.

Bei den Forderungen fehlen in der Resolution R3c ebenfalls wichtige Punkte, vor allem die Forderung nach der Aufhebung der Blockade um den Gazastreifen. Die humanitäre Lage ist äusserst prekär und hunderttausende Menschen sind bereits schwer traumatisiert und brauchen sofort medizinische sowie materielle Hilfe. Diese Hilfe kann nur durch eine vollständige Aufhebung der Blockade gewährleistet werden, was R3a so klar stellt.

Dazu gehört auch, dass die bedingungslose Unterstützung des Staates Israel durch zahlreiche europäische Staaten und die USA beendet wird, denn dies ist der erste Schritt, um von Israel Gerechtigkeit zu fordern und für Frieden für alle Menschen im israelisch-palästinensischen Gebiet zu kämpfen. Länder im globalen Norden müssen sich mit den Menschen solidarisieren, die seit Jahrzehnten für Frieden und Gerechtigkeit kämpfen und sich gegen eine rechtsextreme und menschenfeindliche Regierung stellen.